

Manfred Liebel

Kinderarbeit auf Kosten der Kindheit – oder: Wege zu anderer Kindheit?

Wenn Kinder ein „Recht zu arbeiten“ für sich beanspruchen, wie es seitens einiger Organisationen von arbeitenden Kindern in Afrika, Asien und Lateinamerika seit Jahren geschieht (vgl. Liebel 2001, S. 33ff.), ruft dies meist Verwunderung und Kopfschütteln hervor. Spätestens seit im Europa des 19. Jahrhunderts Regulative und Gesetze erlassen wurden, in denen die Erwerbsarbeit von Kindern verboten wurde, gehört es zum Grundverständnis westlichen Denkens, dass es das Beste für Kinder sei, *nicht* zu arbeiten und sich *stattdessen* der Schule zu widmen.

Allerdings gab es auch in Europa immer wieder andere Stimmen. So erschien unter dem provozierenden Titel „Kinderarbeit ist gut“ vor nunmehr 23 Jahren ein Buch zweier norwegischer Pädagogen (Linge/Wille 1984), die das umstrittene Thema von einer ungewohnten Seite angehen. Sie zeigen an konkreten Beispielen, dass die Arbeit von Kindern auch gute Seiten haben und das Leben und Lernen von Kindern bereichern kann. Mit Blick auf ihr Land und die „lebensfernen“ Schulen und Kindergärten, in denen die beiden sich jahrelang abgemüht hatten, forderten sie: „Führt Kinderarbeit wieder ein!“

Im folgenden Beitrag gehe ich einigen Kontroversen über die Auswirkungen der Kinderarbeit auf Kinder nach und diskutiere verschiedene Handlungsansätze, die darauf abzielen, die Situation arbeitender Kinder zu verbessern. Mit Blick auf die Forderung Kindern ein Recht zu arbeiten einzuräumen, setze ich mich mit der Befürchtung auseinander, die Kinder würden schutzlos ausbeuterischen Praktiken ausgeliefert und skizziere schließlich einige Gedanken über sich abzeichnende neue Praxisformen von Kindheit und mögliche Konsequenzen für pädagogisches Handeln in der Schule.

Ist Arbeit gut oder schlecht für Kinder?

Ob Arbeit für Kinder gut oder schlecht ist, lässt sich nicht pauschal beantworten. Sie umfasst ein weites Spektrum, das von aufgezwungenen und sklavenähnlichen bis zu selbstgewählten und selbstbestimmten Formen reicht. Die Internationale Arbeitsorganisation (ILO), die seit ihrer Gründung im Jahr 1919 für die Abschaffung der Kinderarbeit eintritt, ist dazu übergegangen zwischen „tolerierbaren“ und „schlimmsten Formen“ der Kinderarbeit zu unterscheiden (vgl. ILO 2000). Das UN-Kinderhilfswerk UNICEF betont, der größte Teil der Kinderarbeit sei zwischen diesen Polen zu finden (vgl. UNICEF 1996). In den Sozialwissenschaften wird heute das sog. *balance model* favorisiert, das die Vor- und Nachteile der Arbeit gegeneinander abwägt (vgl. Liebel 2001, S. 209ff.; Hobbs/McKechnie 2007).

Eine umstrittene Frage ist, ob die Arbeit für Kinder besonders dann negative Folgen habe, wenn sie dem Lebensunterhalt dient. Die ILO z. B. hält nur solche Arbeiten für tolerabel und unter Umständen sogar vorteilhaft für Kinder, die aus gelegentlichen Hilfen im Haushalt der Eltern bestehen oder für ein zusätzliches Taschengeld ausgeübt werden. Arbeitende Kinder betonen dagegen oft, dass ihnen ihre Arbeit gerade deshalb wichtig sei, *weil* sie notwendig und nützlich ist. Wichtig ist ihnen, dass sie zu einer Arbeit nicht gezwungen werden, sondern selbst entscheiden können, welche Arbeit sie ausüben. Entsprechend sehen sie einen deutlichen Unterschied zwischen *Notwendigkeit* und *Zwang*. Aus dieser Sicht ist nicht die Frage der Notwendigkeit entscheidend, sondern die soziale Beziehung und das Machtverhältnis zwischen den Kindern und denen, die ihre Arbeitskraft in Anspruch nehmen.

Unbestritten ist, dass Kinder, die in großer Armut oder in Verhältnissen leben, in denen sie nicht als Subjekte geachtet werden, weniger Wahlmöglichkeiten haben und oft mit solchen Arbeiten vorlieb nehmen müssen, die übrig bleiben. Aber in diesem Fall ist nicht die „Notwendigkeit“ das Problem, sondern der Umstand, dass die Kinder weitgehend machtlos sind und auf ihre Umwelt kaum Einfluss ausüben können. Machtlosigkeit entsteht nicht einfach daraus, dass Kinder klein sind; sie ist kein Naturphänomen, sondern ein gesellschaftliches Verhältnis. Je kleiner die Kinder sind, desto eher sind sie auf erwachsene Bezugspersonen angewiesen und benötigen deren Verständnis und Schutz. Eigene Rechte der Kinder sind der beste Weg, die Erwachsenen und die Gesellschaft insgesamt an ihre Verantwortung für die Kinder zu erinnern und der strukturellen Machtlosigkeit der Kinder gerade in prekären Lebenssituationen entgegenzuwirken. Je eher sich die Kinder ihrer Rechte bewusst sind, desto eher können sie sich wehren und zu eigenen Entscheidungen kommen.

Arbeitsverbot oder Recht zu arbeiten?

Unter SozialwissenschaftlerInnen besteht heute weitgehend Einigkeit, dass ein generelles Verbot der Kinderarbeit bzw. die Festlegung eines Mindestalters für den Arbeitsbeginn eher Nachteile als Vorteile für die Kinder mit sich bringt (zu empirischen Belegen vgl. Boyden et al. 1998; Liebel 2001; Bonnet et al. 2006). Dies gilt auch für Boykottmaßnahmen im internationalen Handel gegen Produkte, „in denen illegale Kinderarbeit steckt“ (vgl. Liebel 2005b). Gegen Mindestaltersregelungen, wie sie heute in den meisten nationalen Kinderschutzgesetzen fixiert sind und weiterhin von der ILO gefordert werden, wird eingewandt, dass sie die Kinder nicht in der erwarteten Weise vor Risiken bei der Arbeit schützen, sehr wohl aber häufig unerwartete Effekte haben, welche die Risiken für die betroffenen Kinder noch erhöhen und sie noch verletzlicher machen.

Der pauschale Ausschluss von Kindern aus der Arbeit berücksichtigt nicht die spezifischen Lebensumstände der Kinder und ihrer Familien und kann dort, wo das Arbeitseinkommen der Kinder für das Überleben unverzichtbar ist, die Familien in noch größere Not stürzen. Weder berührt er die Gründe, die Kinder veranlassen zu arbeiten, noch respektiert er deren Willen ihrer Familie beizustehen. Er versetzt die Kinder, die weiter einer Arbeit nachgehen, in eine Situation der Illegalität und macht sie noch rechtloser und wehrloser.

Das pauschale Verbot der Kinderarbeit lässt es nicht zu, die Arbeitsverhältnisse der Kinder differenziert zu betrachten und die Möglichkeiten einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen auszuloten. Es erschwert auch die immer wieder unternommenen Versuche den Kindern Bildungsmöglichkeiten zu bieten, ohne sie zu zwingen ihren Arbeitsverdienst aufzugeben, oder neue Arbeitsgelegenheiten für Kinder zu schaffen, die nicht auf Ausbeutung beruhen und sich mit dem Erwerb lebenswichtiger Kompetenzen verbinden lassen. Den Mindestaltersregelungen liegt ein schematisches Verständnis des Verhältnisses von Arbeit und Kindheit zugrunde, das sich Arbeit nur ohne Kinder und Kinder nur ohne Arbeit vorstellen kann – bis an einer magisch wirkenden Altersgrenze plötzlich alles umgekehrt sein soll.

Kinder bis zu einem bestimmten Alter von der Arbeitswelt fernzuhalten, wird zudem immer mehr zur Fiktion. Viele Kinder betrachten die Arbeit heute nicht nur als ein Mittel zum Lebensunterhalt, sondern auch als Gelegenheit, mehr Selbstständigkeit zu erlangen und neue Erfahrungen zu machen, die z. B. in der Schule nicht möglich sind (vgl. Tully 2004; Hungerland et al. 2005). Kinder von solchen Erfahrungen fernzuhalten, nur weil sie ein bestimmtes Alter noch nicht erreicht haben, zwingt sie in ein infantiles Ghetto und hindert sie daran sich in die „Welt der Erwachsenen“ einzumischen. Interessanterweise häufen sich heute in vielen Gesellschaften die Bestrebungen, bereits Kindern „wirtschaftliche Erfahrungen“ zu vermitteln, aber es wird peinlich vermieden, in diesem Zusammenhang von „Kinderarbeit“ zu sprechen. Mitunter werden auf diese Weise unter der Hand – durch pädagogische Argumente verdeckt – die Kinder sogar instrumentalisiert und neuen Formen von Ausbeutung unterworfen (vgl. Liebel 2005c, S. 127ff.; Liebel 2006a).

Wenn Kinder in den Ländern des Südens heute ein Recht zu arbeiten für sich fordern, geht es ihnen darum, ihre Stellung im gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu stärken, um sich besser gegen Ausbeutung und ungerechte Behandlung wehren zu können. Zwei Beispiele: Die 13-jährige Claudia aus Kolumbien verkauft Postkarten, die sie und ihre Mutter malen. Seit die Polizei strenger gegen Kinderarbeit vorgeht, verkauft sie sie nachts in den Touristengebieten und ist schon mehrfach verhaftet und in der Haft misshandelt worden. Deshalb kämpft sie für ihr Recht zu arbeiten: Sie möchte wie andere Kinder morgens in die Schule gehen. Und nachmittags offen auf der Straße ihre Waren anbieten. „Wenn ich nicht arbeite, müssen wir hungern“, sagt sie. Der 12-jährige Esteban aus Ecuador arbeitet als Gehilfe eines Elektrikers. „Ich muss meist die gefährlichsten Sachen machen, alles, was der Elektriker nicht machen will. Wenn mir was passiert, kräht kein Hahn danach.“ Esteban hat angefangen, sich für sein Recht zu arbeiten zu engagieren, weil er Arbeitsschutzgesetze für sich in Anspruch nehmen möchte und eine Krankenversicherung braucht.

Wasser auf die Mühlen des Neoliberalismus?

Gegen die Aufhebung des Kinderarbeitsverbots wird gelegentlich eingewandt, dass damit die Kinder des staatlichen Schutzes beraubt und ihrem Missbrauch und ihrer Ausbeutung Tür und Tor geöffnet werde. Dies sei gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit, einer Prekarisierung der Arbeit und wachsender Armut der Fall und erhöhe die Gefahr, dass die „billige Arbeitskraft“ der Kinder die „teure“ der Erwachsenen ersetze oder dass die Kinder für den Lebensunterhalt der Familien verantwortlich gemacht und zu Lückenbüßern für den neoliberalen Abbau des Sozialstaats gemacht würden. Mitunter wird auch befürchtet, dass verantwortungslose Eltern sich nun skrupellos ihrer Kinder bedienen könnten.

Es sei nicht bestritten, dass sich mit der wachsenden Armut und dem Abbau sozialstaatlicher Leistungen auch die Lebensrisiken für die Kinder erhöhen. Aber das Verbot der Kinderarbeit ist ein untaugliches Mittel, um die Kinder vor solchen Risiken zu schützen, weil es weder der Armut entgegenwirkt noch den Sozialstaat „zurückbringt“. In keiner Region der Welt hat das Verbot der Kinderarbeit in den letzten Jahrzehnten bewirkt, die Zahl

der arbeitenden Kinder zu verringern und deren Ausbeutung zurückzudrängen. Es hat, wie oben gezeigt, die arbeitenden Kinder eher rechtlos und wehrlos gemacht und damit ihren Schutz beeinträchtigt.

Mit dem Recht zu arbeiten wird nicht einfach die Abschaffung eines Verbots, sondern ein neues Recht gefordert, mit dem andere Rechte einhergehen, die einerseits einem besseren Schutz bei der Arbeit, andererseits einer Stärkung der gesellschaftlichen Stellung der Kinder dienen. Wenn Kinder z. B. das Recht haben, die gleiche Bezahlung für die gleiche Arbeit zu erhalten und die Möglichkeit, dieses Recht durch sozialen Zusammenschluss zu unterstreichen, können sie nicht mehr ohne weiteres als billige Alternative zu den Erwachsenen missbraucht werden. Damit müsste freilich auch ein Bewusstseinswandel bei den Gewerkschaften und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen einhergehen in dem Sinne, dass die arbeitenden Kinder als „legitime“ und gleichberechtigte Kolleginnen und Kollegen anerkannt und gegebenenfalls solidarisch unterstützt werden.

Brauchen Kinder überhaupt Arbeit?

Wenn die Arbeit nur als Mittel zum Geldverdienen oder zum Lebensunterhalt verstanden wird, stellt sich in der Tat die Frage, warum Kinder dafür Verantwortung übernehmen sollten. Aber der Sinn von Arbeit geht darüber hinaus, wie jeder (nicht erst) heute bei (erwachsenen) Menschen beobachten kann, die ihre Arbeit verlieren, sich „nutzlos“ vorkommen und am Sinn ihres Lebens zu zweifeln beginnen. Auch die Tatsache, dass Frauenbewegungen seit Jahrzehnten darauf bestehen, die Hausarbeit als „richtige“ Arbeit anzuerkennen, macht dies deutlich. Mit Blick auf die Arbeit von Kindern beginnt erst in jüngster Zeit ein entsprechender Umdenkungsprozess.

Wenn bisher von „Kinderarbeit“ gesprochen wird, wird diese nur im negativen Sinn als Mühsal und Belastung verstanden, die Kindern besser zu ersparen seien. Zwar kamen in der Geschichte der Pädagogik immer wieder Strömungen auf, die auch den Wert der Arbeit für die Würde des Kindes und seine Persönlichkeitsbildung betont haben, doch erst in jüngster Zeit wird von Kindern selbst in verschiedenen Teilen der Welt der Wunsch bekundet, eine „ernsthafte“ Arbeit auszuüben, die Bedeutung für ihre Mitmenschen hat und ihnen Würde und soziale Anerkennung vermittelt. Für manche Kinder steht dabei das „Geldverdienen“ im Vordergrund (gleichsam als Indikator für „richtige Arbeit“), aber die Arbeitsmotive gehen darüber hinaus und auch beim Geldverdienen geht es vorwiegend darum, wie mehr Selbstständigkeit erreicht und die eigenen Bedürfnisse erfüllt werden können.

Wenn arbeitende Kinder des Südens für sich das Recht zu arbeiten einfordern, betonen sie meist, dass es ihnen um eine „Arbeit in Würde“ oder eine „Arbeit ohne Ausbeutung“ geht. Sie tun dies nicht, um Bedenken der Erwachsenen zu zerstreuen oder das Verbot der Kinderarbeit zu umgehen, sondern weil sie in der Arbeit eine Möglichkeit sehen, interessante und neuartige Erfahrungen zu machen und auf ihre Weise die Welt zu entdecken und mitzugestalten. Auch wenn in diesem Zusammenhang gelegentlich davon die Rede ist, dass die Arbeit ihnen als Kindern gesellschaftliche Anerkennung verschaffe, wird die Arbeit nicht als Voraussetzung, sondern als Bestandteil und Ausdruck ihrer neuen, gleichberechtigten Stellung und Rolle verstanden. Die Rede von der „Arbeit in Würde“ enthält eine andere Vision sowohl von Gesellschaft als auch von Kindheit. Sie kann als integraler Bestandteil einer „Solidarischen Ökonomie“ verstanden werden, die das auf Gewinnmaximierung fixierte kapitalistische Wirtschaftssystem allmählich ersetzt (vgl. Altvater/Sekler 2006) und neue soziale Beziehungen zwischen gleichberechtigten Subjekten impliziert.

Emanzipierte Kindheit – Herausforderung für die Schule?

Hinter der Rede von der „Kinderarbeit“ sind bisher die arbeitenden Kinder als Subjekte weitgehend verborgen geblieben. Seit sie selbst sich artikulieren und teilweise eigene soziale Bewegungen hervorbringen, wird erkennbar, dass Kindheit und Arbeit keineswegs einen unvereinbaren Gegensatz bilden. Kinder, die arbeiten, leiden zwar an den Bedingungen, unter denen sie meist noch leben und arbeiten müssen, aber sie bereiten auch neuen Gedanken und Praxisformen von Kindheit den Weg. Es ist eine Kindheit, die nicht mehr nur von der Welt der Erwachsenen abhängig ist und geformt wird, sondern auf eigenen Beinen steht und in der Welt der Erwachsenen mitmischet.

Eine solche Entwicklung ist auch für die Institution Schule von immenser Bedeutung. Sie lässt aus „Schülern“ und „Schülerinnen“, die sich einer vorgegebenen, auf die Institution begrenzten Rolle fügen, Kinder oder Jugendliche werden, die sich nicht mehr damit begnügen, nur zu „lernen“ und sich „vorzubereiten“, sondern bereits aktiv an der Gesellschaft teilhaben und sie in vielen Fällen auch mitprägen. Dies muss nicht immer die Form von Arbeit annehmen, doch an der Arbeit der Kinder zeigt sich am deutlichsten, dass sie in wesentliche gesellschaftliche Prozesse „tätig“ eingebunden sind. Um eine solche Entwicklung zu fördern, bringt es nichts, die Arbeit von Kindern weiter pauschal zu verurteilen und die Kinder am Arbeiten zu hindern, sondern ihnen müssten mehr Arbeitsgelegenheiten geboten werden, die ihren Wünschen sowie ihren Lern- und Entwicklungsbedürfnissen entsprechen.

In Deutschlands Schulen wird die verbreitete Arbeit von Kindern bisher nur als Konkurrenz und Lernhindernis betrachtet („Schule wird zum Nebenjob“). Zwar werden seit einigen Jahren Versuche unternommen, über Betriebskooperationen und Schülerfirmen (vgl. Liebel 2006a; 2006b) wirtschaftliches Handeln in der Schule zu etablieren, aber diese Versuche beschränken sich – von wenigen Ausnahmen abgesehen – auf ein bloß technisches und betriebswirtschaftliches Handlungsverständnis („eine Geschäftsidee umsetzen“). Außerdem haftet ihnen etwas Künstliches an, da sie die vielfältigen Arbeitserfahrungen im Lebensalltag der Schüler/innen ignorieren und zu ihnen keine Verbindung herstellen.

Erfahrungen in anderen Ländern (zu Peru und Mexiko vgl. Liebel 2005a) zeigen, dass arbeitende Kinder auch zu Protagonisten einer neuen Art von „Schule“ und Lernen werden können, wenn sie als Mitkonstrukteure ernstgenommen werden. Eine solche Schule verstünde sich nicht als exklusive „Alternative zur Kinderarbeit“, sondern in ihr würde produzierend gelernt und lernend produziert – nicht fürs Schularchiv, sondern für tatsächliche Bedürfnisse und praktische Zwecke. Sie würde die bereits bestehenden Arbeitserfahrungen von Kindern aufgreifen und neue Arbeitsformen hervorbringen helfen, die auf dem freien Willen der Kinder und solidarischen Beziehungen basieren (z.B. Genossenschaften). Eine solche Schule wäre ein Ort, der den neuen emanzipierten Praxisformen von Kindheit nahe käme und an ihrer Gestaltung mitwirken könnte.

Literatur

- Altwater, Elmar/Sekler, Nicola (Hrsg.) (2006): *Solidarische Ökonomie*. Hamburg: VSA.
- Bonnet, Michel/Hanson, Karl/Lange, Marie-France/Paillet, Graciela/Nieuwenhuys, Olga/Schlemmer, Bernard (2006): *Enfants travailleurs – repenser l'enfance*. Lausanne: Page deux.
- Boyden, Jo/Ling, Birgitta/Myers, William (1998): *What Works for Working Children*. Stockholm: Rädda Barnen & UNICEF.
- Hobbs, Sandy/McKechnie, Jim (2007): *The Balance Model Reconsidered: Changing Perceptions of Child Employment*. In Hungerland, Beatrice/Liebel, Manfred/Milne, Brian/Wihstutz, Anne (Hrsg.) (2007): *Working to be someone. Child focussed research and practice with working children*. London: Jessica Kingsley, S. 225-232.
- Hungerland, Beatrice/Liebel, Manfred/Liesecke, Anja/Wihstutz, Anne (2005): *Bedeutungen der Arbeit von Kindern in Deutschland. Wege zu partizipativer Autonomie?* In: *Arbeit. Zeitschrift für Arbeitsforschung, Arbeitsgestaltung und Arbeitspolitik*, 14, 2, S. 77-93.
- ILO (2000): *Action against child labour*. Hrsg. von Nelien Haspels und Michele Jankanish. Genf: International Labour Office.
- Liebel, Manfred (2001): *Kindheit und Arbeit. Wege zum besseren Verständnis arbeitender Kinder in verschiedenen Kulturen und Kontinenten*. Frankfurt M. & London: IKO.
- Liebel, Manfred (2005a): *Mit Arbeit lernen. Zwei innovative Projekte mit Kindern und Jugendlichen in Peru und Mexiko*. In: Loewen, Babette/Overwien, Bernd (Hrsg.) (2005): *Jugend und Gesellschaft im Umbruch – Neue Herausforderungen für Bildung und Beschäftigung in der Entwicklungszusammenarbeit*. Frankfurt a.M.: IKO, S. 297-317.
- Liebel, Manfred (2005b): *Dem gesinnungsethischen Reflex widerstehen. Zur Problematik von Sozialklauseln und Gütesiegeln im Kampf gegen Kinderarbeit*. In: *Neue Praxis*, 35, 1, S. 47-64
- Liebel, Manfred (2005c): *Kinder im Abseits. Kindheit und Jugend in fremden Kulturen*. Weinheim & München: Juventa.
- Liebel, Manfred (2006a): *Profit im Klassenzimmer? Zum heimlichen Lehrplan wirtschaftlichen Handelns von Kindern in der Schule*. In: *Die Deutsche Schule*, 98, 1, S. 11-27.
- Liebel, Manfred (2006b): *Schülerfirmen – mehr als eine Geschäftsidee? Zwischen Profitorientierung und solidarischer Ökonomie*. In: *Die Deutsche Schule*, 98, 2, S. 214-229.
- Linge, Per/Petter Wille, Hans (1984): *Kinderarbeit ist gut*. Gelnhausen: Burckhardtthaus-Laetare Verlag.
- Tully, Claus J. (2004): *Arbeitsweltkontakte von Schülerinnen und Schülern an allgemeinbildenden Schulen. Empirische Befunde zur Verbindung von Schule und Job*. In: *ZSE – Zeitschrift für Soziologie der Erziehung und Sozialisation*, 24, 4, S. 408-430.
- UNICEF (1996): *Kinderarbeit. Zur Situation der Kinder in der Welt*. Frankfurt M.: Fischer.